

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

19.12.1870 (No. 318)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 19. Dezember.

N. 318.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr einzuschließen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Telegramme.

† Leipzig, 17. Dez. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurden Bebel und Liebknecht heute wegen Hochverrats, beziehentlich vorbereitender Handlungen zum Hochverrat verhaftet.

† Havre, 17. Dez. Die militärische Lage hier unverändert. In der Umgegend von Havre und Honfleur sind keine Preußen mehr.

† Bordeaux, 17. Dez. Die Armee Chanzy's gestern nicht angegriffen. Der Großherzog von Mecklenburg griff Fréteval (bei Vendome) an und besetzte Nachts die Ortschaft, welche am folgenden Tage die Franzosen wieder besetzten. Der Großherzog griff die Franzosen bei Vendome an. Der heftige Kampf dauerte bis Nachts. — Aus Havre, 15. d., wird gemeldet: Der Feind scheint bedeutende Truppenkräfte in der Umgegend zu konzentrieren.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 16. Dez. 2. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. Baumstark bittet, ihn mit der Ruhe anzuhören, mit der er sprechen werde, und hofft, daß seiner Selbstverleugnung mit politischer Roblesse entgegengekommen werde. Er unterscheidet zwischen dem nationalen Kriege und dessen politischen Folgen. Ueber die Nothwendigkeit der Abwehr gegen den Feind sei er mit den andern Parteien ganz einverstanden, kein Zug in seiner Partei sei vorgekommen, welcher den reinsten Patriotismus derselben verdächtigen könne. Dieser Krieg enthalte aber seiner Ansicht nach einen Sieg des Autoritätsprinzips, nicht des Revolutionsprinzips, und gerade insofern sei er besonders mit demselben einverstanden. Was die Folgen des Krieges anbetreffe, so seien bisher zwei Richtungen in der deutschen Entwicklung einander gegenüber gestanden; der Föderalismus, welcher sich auf Österreich stütze, und der Unitarismus, der auf Preußen blicke. Seine Partei habe bisher dem Föderalismus gehuldigt; diese Anschauung sei jetzt besiegt, nicht weil sie nicht treu ausgehalten, sondern weil Österreich sie verlassen habe, weil es diesen Krieg nicht mitgemacht habe.

Was die Verträge betreffe, so gefallen sie ihm nicht, formell weil sie bloß diplomatisch gemacht, materiell weil er manche Volksrechte vermissen, so das Zweitkammer-System, so einen allgemeinen Rechtszustand der katholischen Religion. Aber abgesehen von diesen Mängeln, treten wir dem Vertragswert bei, weil unsere Partei mit den gegebenen Verhältnissen rechnen konnte, weil sie loyal dem deutschen Reiche angehören will. Von diesem Standpunkte gehe seine Partei auch aus bei Beurtheilung der Militärkonvention, obgleich sie mit einzelnen Bestimmungen nicht einverstanden sei. (Bravo.)

Abg. Roschert wirft einen Rückblick auf die Entwicklung der deutschen Verfassung bis zur Nordbunds-Verfassung, deren Vorzüge er nicht verkenne. Er werde für diese Verträge und auch die Militärkonvention stimmen, welche letztere er für eine Konsequenz der deutschen Entwicklung halte. Ordner gedenkt der ruhmvollen Waffenthaten der deutschen Heere; während die Jugend draußen den Sieg muthvoll zu Ende führt, seien die Alten hier berufen, das friedliche Einigungswerk zu vollenden.

Abg. v. Feder: Er sei in einer ähnlichen Lage, wie der Abg. Baumstark. Er wolle keine Zustimmung motiviren, nachdem er bisher einer etwas abweichenden Ansicht gehuldigt habe. Die letztere sei aus drei Gründen hervorgegangen. Einmal habe er wahrgenommen, daß die Volksstimmung der unbedingten Anschlusspolitik nicht günstig war. Nachdem diese umgeschlagen, wolle er sich ihr nicht mehr entgegenstellen. Der zweite Grund sei für ihn gewesen, daß er in der Anschlusspolitik die Gefahr eines großen europäischen Krieges liegen sah. Auch dies sei anders gekommen, nachdem aus Anlaß der hohenzollern'schen Kandidatur dieser Krieg ausgebrochen. Endlich habe er freiherrliche Bedenken gegen den Eintritt in den Norddeutschen Bund gehabt. Ein unbedingter Anschluß erfolge nunmehr seiner Ansicht nach nicht. Auch seien diese Bedenken nicht so groß, um ihn von der Zustimmung abzuhalten; er glaube, daß in dem aus unmittelbaren Wahlen hervorgegangenen Reichstag eine gewisse Garantie liege. Wenn er also auch noch in dieser Beziehung Bedenken hege, so stimme er den Verfassungsverträgen bei. Anders sei es mit der Militärkonvention, über deren Wirkungen er heute noch nicht im Klaren sei; man habe jetzt noch nicht die nöthige Ruhe, um über die Nothwendigkeit derselben ins Reine zu kommen, man könne sie nicht eine nothwendige Konsequenz der andern Verträge nennen, da die andern Staaten ganz verschiedene Konventionen eingegangen, insbesondere Hessen sich weit mehr Selbstständigkeit vorbehalten habe.

Der Berichterstatter Abg. Kieser spricht seine Freude aus, daß von den andern Parteien in so würdiger Weise die Zustimmung zu dem Einigungswerk ausgesprochen werde. Er bedauert, daß Abg. v. Feder seine Zustimmung nicht so unbedingt wie Abg. Baumstark gegeben habe. Diese Mi-

litar-konvention sei eine wirkliche innere Konsequenz der Verfassungsverträge, und gerade jetzt mit der Mobilisirung sei der richtige Zeitpunkt, dieses Werk ins Leben treten zu lassen. Gerade daß in unsern Militärverhältnissen ein Stück Einheit schon vorweggenommen war, habe sehr viel zu dem in den letzten Monaten erworbenen Ruhm beigetragen; nicht weil, sondern obson Kleinmacten da waren, seien die letzten Siege erforscht worden. Die heftige Konvention, auf die der Abg. v. Feder sich beziehe, sei eine Halbheit, welche alsbald zu manchen Reibungen geführt habe. Wir dürfen in dieser Frage nicht kleinlich sein, wo der Landesfürst so viele Rechte geopfert hat. Es sei ja ein Ruhm für unsere Offiziere und Soldaten, in dem Heerkörper, der für das Vaterland so glorreich gefochten habe, dienen zu dürfen.

Ministerialpräsident v. Freydrick bemerkt dem Abg. v. Feder, die heftige Konvention eigne sich schon deshalb nicht zu Muster für die badische, weil allgemein und in einer der letzten Sitzungen des Reichstags von Vertretern des Norddeutschen Bundes und Hessens anerkannt sei, daß sie eine Umarbeitung, wohl nach dem Muster der badischen Konvention, bedürfe. Die heftige Konvention sei nicht nur älter, als der Zutritt Südhessens zum Bunde, sondern auch älter, als der Norddeutsche Bund selbst, und lasse im Widerspruch mit der Wehrverfassung des Bundes z. B. die Stellvertretung unter gewissen Verhältnissen noch zu.

Der Berichterstatter Abg. Eckhard ergreift zuletzt noch das Wort, indem er über die ernste und große Haltung des Hauses in dieser großen Stunde seine tiefe Befriedigung anspricht. Er hätte gewünscht, daß Alle zusammen übereinstimmen, und gebe noch die Hoffnung nicht auf, daß Abg. v. Feder auch der Militärkonvention noch seine Zustimmung ertheile. Ein Resultat sei jetzt vorhanden, an das wohl vor kurzer Zeit noch Niemand geglaubt habe. Wir seien heute in der Lage, nicht bloß dem Lande, sondern dem ganzen Süden ein Beispiel zu geben. Lange sei über das Wohl des Vaterlandes gesprochen worden; heute wolle man sich vereinigen in einer That, in der Zustimmung zu dem geschaffenen Vertrag, und dadurch erklären, daß man ein großes einiges Deutschland wolle. (Beifall.) Er habe in der Wärme des Vortrags vorhin unterlassen, den Kommissionsantrag zu stellen, diesen Verträgen und der Konvention zuzustimmen. Er bitte inständig, den Antrag einstimmig anzunehmen und dadurch dem ganzen Süden das Signal zu geben zur Wiedervereinigung mit Gesamtdeutschland. (Beifall.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Die Verträge werden bei namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen, die Militärkonvention mit allen gegen eine Stimme (Kaiser, welcher seine Abstimmung nicht motivirt); v. Feder enthält sich der Abstimmung über letztere.

Der Präsident erklärt seine Zustimmung zu den Verträgen und drückt seine Freude aus über den patriotischen Sinn, der sich bei dieser Verhandlung gezeigt habe.

Hierauf ergreift Abg. Eckhard das Wort für eine von der Kommission beantragte Resolution, betreffend die künftige Gestaltung der badischen Staatsverwaltung. Dieselbe lautet: „Die Kammer spricht die Erwartung aus, daß der Eintritt in den Deutschen Bund eine grundsätzliche Revision der Staatsverfassung und eine wesentliche Vereinfachung der Staatsverwaltung, insbesondere Wegfall des Kriegsministeriums, Beseitigung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Gesandtschaften zur Folge habe.“

Staatsminister Dr. Jolly: Er hoffe, daß der Verlaier Gesandte hiervon ausgenommen sei.

Abg. Eckhard: Nur die entbehrlichen Gesandten seien gemeint.

Abg. v. Feder: Er stimme der Resolution nur unter der Voraussetzung zu, daß jetzt die Militärkonvention angenommen sei.

Die Resolution wird einstimmig angenommen und nach einigen geschäftlichen Bemerkungen die Sitzung geschlossen.

† Karlsruhe, 17. Dez. Dritte öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Zweiten Vizepräsidenten Eckhard.

Am Ministertisch: Staatsminister Dr. Jolly, Ministerialpräsident Ellstätter, Generalmajor Götz, Geh. Kriegsrath Eckert, später Ministerialrath A. Eisenlohr.

Abg. Gerwig zeigt an, daß der Bericht über die Vorlage wegen des Eisenbahn-Anschlusses zwischen Kreuzlingen und Konstanz zur Berathung reif sei. — Hierauf wurde zur Verhandlung über den Gesetzentwurf, die Deckung des für den Krieg gegen Frankreich erforderlichen außerordentlichen Bedarfs der Kriegsverwaltung betr., übergegangen.

Abg. Kirsner erstattet mündlich den Bericht.

Die Kommission befürwortet zu Art. 3 eine redaktionelle Aenderung durch Einschlebung von „längstens“ nach „Dieselben sind“. Dadurch wolle sie andeuten, daß auch früher als nach Beendigung des Krieges die von der Eisenbahnschuldentilgungs-Kasse der Amortisations-Kasse gemachten

Vorschüsse zurückerstattet werden dürften. Ferner schlägt sie einen weiteren Artikel vor, lautend: „Ueber die Verwendung des im Art. 1 bewilligten Credits hat die großh. Staatsregierung seiner Zeit besonderen Nachweis zu liefern.“

Zu Uebrigem beantragt die Kommission Annahme des Gesetzes. Endlich wünsche sie, daß den Opfern des Krieges genügende Mittel zum Auskommen geboten werden, und schlage zu diesem Zwecke dem Hause die Annahme folgender Resolution vor: „Die Regierung werde gebeten, ihren Gesandten im Bundesrath zu beauftragen, seinen ganzen Einfluß dafelbst aufzubieten, daß aus den Mitteln des Reichs für die Opfer des Krieges in kürzester Zeit durch entsprechende Unterstützung gesorgt werde.“ Endlich habe er im Auftrage der Budgetkommission noch einen weiteren Gegenstand in Anregung zu bringen. Es sei nämlich schon vielfach darüber geklagt worden, daß in dieser Zeit, wo die Armee so viele Bedürfnisse habe, Zusendungen an die im Felde stehenden Truppen sehr unregelmäßig und verspätet dem Adressaten zukommen; die Regierung möge auf Abhilfe dieses Mißstandes Bedacht nehmen.

Ministerialpräsident Ellstätter erklärt, die Regierung stimme den Abänderungsvorschlägen der Kommission bei; das in denselben Enthaltene sei von der Regierung als selbstverständlich vorausgesetzt worden.

Generalmajor Götz erwidert auf die letzte Bemerkung des Berichterstatters: Die Regierung sei besorgt, den im Felde stehenden Truppen so früh als möglich die ihnen überfendeten Gegenstände zukommen zu lassen. Auch würden die Truppen von der Kriegsverwaltung beständig mit frischer Bekleidung versehen. Bis Ende Oktober seien die einzeln abgehenden Sendungen ganz regelmäßig abgeliefert worden. Um diese Zeit aber sei ein solcher Zug einmal angegriffen worden, von wo an man diese Art der Beförderung sistirt habe. Die Kriegsverwaltung habe hierauf zur massenhaften Beförderung solcher Stücke gegriffen und damit die Hülfsendung von Ersatzmannschaften verbunden. Bei der fortwährenden Dislocirung der einzelnen Truppentheile sei aber die Vertheilung sehr schwierig, und leicht könne einmal ein Adressat nicht aufgefunden werden. Die Kriegsverwaltung hat keine Kosten gescheut, um den Transport zu verbessern. Von denselben seien ferner an die Felddivision bereits eine große Masse Winterbedarf gesendet worden: so 60,000 Socken, 40,000 Flanelhemden u. s. w.

Geh. Kriegsrath Eckert stellt ausführlicher dar, welche Sendungen von Leibbinden, Flanelhemden und Socken an die Division gemacht und wie dadurch dem Bedürfnis wirklich genügt würde. Außer der Feldpost bestiehe für die badischen Truppen noch eine Paketbeförderungsanstalt, eine Anstalt, der sich kein anderer Truppentheile erfreue. Als die badische Division von Straßburg nach dem Süden abzog, sei es natürlich sehr schwer gewesen, diese Anstalt fort-dauern zu lassen; man habe aber kein Opfer gescheut, um dies doch zu ermöglichen. Allein bis dieselbe von neuem in Funktion treten konnte, habe sich eine große Zahl von Paketen angesammelt; auch diese seien endlich bei der Division angekommen; wie dort die Vertheilung geschehen, darüber könne er natürlich nicht Auskunft geben.

Abg. Lang hebt besonders die Versorgung der Felddivision mit Socken als dringlich hervor.

Generalmajor Götz erklärt, es würden beständig neue Socken nachgeschickt.

Geh. Kriegsrath Eckert: zudem werde ja noch durch die freiwillige Vereinsthätigkeit viel geleistet.

Abg. Gerwig wünscht, daß eine allgemeine Steuer zum Zweck der Versorgung der Invaliden erhoben werde, damit auch das Land, nicht bloß wie bei der freiwilligen Beisteuer die Städte, beizutragen habe. Wenn nicht das Reich ein hierauf bezügliches Gesetz erlasse, so möge die badische Regierung in dieser Richtung Schritte thun.

Staatsminister Dr. Jolly: Die Regierung werde natürlich im Bundesrath eifrig auf ausreichende Versorgung der Invaliden hinzuwirken suchen. Es werde aber gar nicht ihres Drängens bedürfen, da Alle in dieser Beziehung einverstanden seien.

Generalmajor Götz: Das Kriegsministerium werde jedenfalls seine Stimme warm für die Invaliden einlegen.

Hierauf wird nach einer Schlußbemerkung des Berichterstatters das Gesetz bei namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen; ebenso die von der Kommission beantragte Resolution.

Sobann folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über die Kriegskosten und deren Vergütung.

Abg. Friedrich erstattet mündlich den Bericht und stellt Namens der Kommission den Antrag auf Annahme des Entwurfes mit der einen Aenderung, daß (§ 4) die außerhalb des Landes länger als 8 Tage geleistete Kriegsfuhr mit 3 fl. 12 kr. für den Einspäuner (statt mit 2 fl. 36 kr.) vergütet werde. Ferner stellt derselbe Namens der Kommission den Antrag: Die Regierung möge, so weit und so lange nicht im Wege der Reichsgesetzgebung Abhilfe geschafft werde, dem nächsten Landtage ein Gesetz über die Ausgleichung der Kriegskosten vorlegen, um entsprechend

den Verhältnissen und ihres Landes die Härten des vorliegenden Gesetzes zu mildern.

Staatsminister Dr. Jolly ist mit der vorgeschlagenen Aenderung einverstanden und erklärt, daß es ebenfalls Wunsch der Regierung sei, ein Kriegskostenausgleich-Gesetz nach Beendigung des Krieges zu erlassen.

Hierauf wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig mit der von der Kommission beantragten Aenderung angenommen; ebenso der letztere Antrag der Kommission.

Schluß der Sitzung.

† Karlsruhe, 19. Dez. 2. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 19. Dezember, Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Kommissionsberichts über die Verträge mit dem Norddeutschen Bunde und dem Großherzogthum Hessen, beziehungsweise den Königreichen Bayern und Württemberg über die Bildung eines Deutschen Bundes (Berichterstatter: Geh. Rath Dr. Bluntzschli); desgleichen über die mit Seiner Majestät dem König von Preußen als Bundes-Feldherr abgeschlossene Militärkonvention (Berichterstatter: Generalleutnant Waag).

Vom Kriegsschauplatz.

Strasbourg, 14. Dez. Die Hoffnung, die Richter des Esch zur Wiederaufnahme ihrer Thätigkeit bestimmen zu können, hat sich, wie es scheint, nicht erfüllt. Wie ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“ mittheilt, befaßt man sich deshalb mit der Einführung deutscher Gerichtshöfe.

Ein aus drei preussischen Richtern und zwei höheren Offizieren gebildetes Kollegium wird über die durch einen öffentlichen Ankläger ihnen vorgetragene Anklage nach Vernehmung der Angeklagten und der Zeugen das Urtheil fällen. Freie Verteidigungsbefugniß soll dem Angeklagten zustehen. Der Gerichtshof, welcher zugleich erste und einzige Instanz sein wird, soll dabei eine bedeutend erweiterte Kompetenz erhalten, die sich z. B. auch auf die meisten Vergehen gegen Leben und Vermögen der Bürger erstrecken soll. Man beabsichtigt im Bezirke des Generalgouvernements im Esch nur zwei Gerichtshöfe zu etabliren, einen in Strasbourg und einen in Metz. Dieselben werden begreiflicher Weise in der ersten Zeit häufige Sitzungen abzuhalten haben, da der Untersuchungsrichter bereits seit etwa 8 Wochen in unangesehener Thätigkeit ist und so sich ein nicht unbedeutendes Material angehäuft hat.

* Aus Lothringen, 13. Dez., schreibt man der „Allg. Ztg.“:

Nachdem Bialburg kapitulirt hat, soll jetzt endlich auch mit Sittsch Ernst gemacht werden. Ebenso mit Langres, wosin das 60. preuß. Linienregiment zur Garnirung vorrückt. Sobald die Eisenbahn von Bar-le-Duc nach Troyes im Betrieb ist, was schon in den nächsten Tagen der Fall sein wird, soll alsdann schweres preuß. Belagerungsgeschütz nach Langres transportirt werden, und hofft man mit demselben entweder die Festung sehr bald zur Kapitulation zu zwingen oder vollständig zusammenzuschlagen.

* Aus Havre. Der „Daily Telegraph“ erfährt aus Havre, daß daselbst die Erbitterung gegen die anässigen Deutschen sehr stark ist.

Dieselben werden — schreibt man demselben — angeschuldigt, detaillierte Berichte und Pläne über die Befestigungen der Stadt an den Feind geschickt und überhaupt Alles gethan zu haben, um den Preußen die Eroberung leicht zu machen. In Folge dessen hat der amerikanische Konsul, dessen Obhut die Deutschen anvertraut sind, alle Hände voll zu thun, um diese nach ihrer Heimath oder Belgien und England einzuschiffen. Die Bevölkerung ist überhaupt in großer Aufregung und mehrere Ruhestörungen sind bereits auf die Nachricht hin vorgefallen, daß Truppenverstärkungen von Havre nach Cherbourg geschickt werden sollen. General Briand mußte ohne Truppen nach Cherbourg gehen, aber kaum war er dort angelangt, als in Havre eine Orde Gambetta's eintraf, 4000 Mann dem General Briand nachzuschicken. Dieser Befehl rief die wildeste Aufregung hervor; der Gemeinderath trat zusammen und protestirte auf das entschiedenste gegen diese Anordnung der Regierung. Inzwischen war die Nachricht auch der Bevölkerung und den Truppen kund geworden. Eine Deputation von Nationalgardien ersuchte den Kommandanten Mouchez ernstlich, das Ausrücken der Truppen zu verhindern. Dieser antwortete voreerst, daß der Gemeinderath mit Erwägung der Sachlage beschäftigt sei, und nachdem dann dessen Entscheidung gefällt war, ließ er in allen Theilen der Stadt Proklamationen anschlagen, daß er das Ausrücken der Truppen nicht gestatten werde. Die Volksmassen gaben sich indessen hienit nicht zufrieden, sie wollten unwiderlegbare Beweise haben, und so zogen sie denn mit einer Tricolore an der Spitze nach der Wohnung des Unterpräfekten, wo man den Gemeinderath versammelt glaubte. Der Unterpräfekt kam heraus und hielt eine Rede. „Ich gebe Euch mein Ehrenwort — sagte er — so lange Havre bedroht ist, werde ich keinen Soldaten und keine Kanone abziehen lassen. Wir wollen kämpfen bis zum Tode. Keine Straße und kein Haus soll unverteidigt bleiben. Bürger, seid Ihr nicht zu einer heroischen Verteidigung bereit? — Ja, wir schwören's. — Dann zählt auf mich, wie sich auf Euch zähle.“ — Großer Enthusiasmus; aber das Volk will den Gemeinderath sehen, und nachdem sich herausstellte, daß dieser nicht hier, sondern im Stadthause versammelt ist, zieht die Menge dorthin, läßt sich vom Maire die Versicherungen des Kommandanten und des Unterpräfekten wiederholen, und geht dann unter Hurraufen auseinander.

In einem andern Theile der Stadt ging inzwischen eine noch viel unordentlichere Kundgebung vor sich. Vor dem Hotel de l'Europe versammelte sich eine ungeheure Volksmasse, die aus dem Munde des Kommandanten Mouchez die Versicherung haben wollte, daß die Truppen nicht ausrücken würden. Nach einigen Nationalgardien und Mobilien bestand der Haufen aus dem Abschaum der niedrigsten Bevölkerung. Der Kommandant befand sich nicht im Hotel, und als der Pöbel sah, daß Niemand auf sein Geschrei achtete, versuchte er, die Thüren zu sprengen und mit Gewalt in das Hotel einzudringen. Ein paar Engländer und einige Franc-tireurs verteidigten jedoch die Zugänge eine ganze Stunde lang, bis schließlich Mouchez und ein paar andere Offiziere durch eine Hintertür in's Hotel gelangen, nachdem

die Engländer eben vier der Räubersführer gefangen genommen hatten. Ein Kapitän der Nationalgarde, welcher sich darauf auf einen Stuhl stellte, einen Revolver aus der Tasche zog und verscherte, er werde den Ersten, der auf das Hotel zukomme, zusammenschleichen, konnte diese Drohung nicht ausführen und mußte sich vor der Wuth des Pöbels in das Hotel flüchten. Immer lauter und immer drohender wird das Geschrei. Endlich zeigt sich der Kommandant Mouchez. Mit Fischen empfangen, verspricht er, keinen Mann aus Havre wegzulassen; aber dies ist dem Pöbel jetzt nicht mehr genug, er verlangt Freilassung der vier Gefangenen, und erst als diese herbeigebracht werden, läßt die ganze Szene sich in allgemeines Lachen, Klaffen und Umarmen auf.

— Aus Versailles, 14. Dez., schreibt man dem „Schw. Merf.“:

Das 6. Korps war gestern Zeuge eines lustigen Intermezzo's. Als einige Kompagnien desselben im Begriff waren, ihre Maßzeit einzunehmen, zeigten sich in einiger Entfernung 300 rothköpfige Mobilgardisten, die in vollem Laufe unserer Stellungen zuilen. Unsere Musketiere warfen noch einen sehnächtigen Blick auf die Reste des Hammelbratens und griffen rasch zu den Gewehren, als die Mobilgardisten fortwährend mit den Taschentüchern winkten und um Parobaten. Die „pauvres garçons“ kamen nun an unsere Vorposten, stiegen auf den Knien um gnädige Aufnahme, indem sie erzählten, daß sie des ewigen Wachtbienstes satt und beghalt heimlich desertirt seien. Das Werk eines Augenblicks war es, die Mobilgardisten zu entwaffnen und sie ohne Gewehre wieder nach Fort Jory hincinzuschicken, während ein homerisches Gelächter des 6. Korps diese Szene begleitete.

Verailles, 15. Dez. Der Frost hat aufgehört, der Schnee ist verschwunden. Bei der starken Kälte sind die Wege schwierig. Der Gesundheitszustand der Truppen ist gut.

* Ein Korrespondent der „Daily News“, der bisher sich bei der französl. Loire-Armee befand und den Abzug der Franzosen aus Orleans, sowie den Einzug der deutschen Truppen mit ansah, schließt seine Schilderung mit folgenden Worten:

Die Armee, die in fast allen kleineren Zusammenstößen mit dem Feinde sich gut gehalten hatte, schmolz in dem ersten größern Treffen wie Schnee vor der Sonne zusammen. In meiner Idee existirt die Loire-Armee als solche bereits nicht mehr, aber obgleich der Rückzug stellenweise ein ziemlich aufgeloßter war, konnte man ihn doch immer noch als Abzug im Gegensatz zur Flucht bezeichnen. Ohne Zweifel werden die Franzosen versuchen, nochmals dem Feinde die Stirne zu bieten; allein alle Armeen, die Frankreich aufstreifen kann, werden das Schicksal der an der Loire geschlagenen Truppen theilen.

— Nachrichten aus Blois vom 11. melden, daß sich die 50. Brigade, das großh. hessische 3. und 4. Infanterieregiment, noch als Garnison daselbst befindet.

* Aus Tours. Der Korrespondent der „Times“ in Tours schildert die dortige Stimmung als eine durchaus düstere.

Bestimmte Information habe ich nicht — sagt er — aber ich ärgere nicht, meine Ueberzeugung auszusprechen, daß die Loire-Armee der Vergangenheit angehört. Sie hat Ausbrüche der Tapferkeit gezeigt, und selbst Augenblicke des Erfolges gehabt, aber diejenigen Eigenschaften, welche ein triumphirendes Ende sichern, besaß sie nicht. Was wird Paris sagen, wenn in jener halb ausgehungerten Stadt die Nachricht eintrißt, daß jetzt alle Hoffnung auf Hilfe von außen vergebens ist! In den Provinzen gewinnt tagtäglich die Ueberzeugung mehr Boden, daß ein längerer Widerstand Wahnsinn ist. Thiers, sicher kein Feigling, hat seine Ansicht dahin eingestanden, daß es jetzt Zeit sei, nachzugeben. Wie sehr müßten ihn jetzt seine Festungswerke reuen, die nur dazu dienen, das Glend Frankreichs zu vermehren! Ohne sie würden wir jetzt Frieden haben.

Deutschland.

Koblenz, 16. Dez. (Fr. Z.) Heute früh brachte man unter Eskorte die beiden Personen hier ein, welche mittelst Luftballons die unfreiwillige Reise von Paris nach Deutschland gemacht und in der Nähe bei Herborn zur Erde kamen. Man fand bei denselben drei Briefbeutel sowie eine schwere Kiste; diese Gegenstände wurden der Militärbehörde abgeliefert und die beiden Gefangenen auf den Ehrenbreitstein gebracht. — Gestern trafen außer einer großen Zahl französischer Offiziere auch 2000 Gefangene von Orleans hier ein.

Kassel, 15. Dez. (Fr. Z.) Gestern sind zwei Extrazüge mit je 10 Riesenmörsern, von Spandau nach Paris bestimmt, mit 400 Mann Bedienungsmannschaft und entsprechender Munition hier durchgekommen. Für jedes Geschütz sind tausend Geschosse, jedes Geschütz zu 25 Centimeter Durchmesser, vorhanden.

* Berlin, 17. Dez. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Von den Finanzvorlagen wird das Budget zur Plenarberatung gestellt, die übrigen der Budgetkommission überwiesen. Der Minister des Innern legt die für Hohenzollern oktroyirte Verordnung wegen der Unterstützung der Familien der Landwehrlente vor. Dieselbe wird zur Schlußberatung gestellt. Es folgen alsdann Wahlprüfungen. Nächste Sitzung Mittwoch.

* Berlin, 17. Dez. Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt:

Die Schlußfelle des Zirkulars des Grafen Bismarck vom 3. Dezember im Betreff der Luxemburger Angelegenheit lautet: „Die königl. Regierung hält sich demnach in ihren militärischen Operationen durch keine Rücksichten auf die Neutralität Luxemburgs mehr gebunden und behält sich vor, ihre Ansprüche gegen das Großherzogthum wegen der ihr durch Nichterhaltung der Neutralität zugefügten Beschädigung zu verfolgen.“

Dasselbe Blatt meldet wiederholt, daß vor kurzem ein Munitionspark von 1000 Wagen von hier nach Paris abgegangen ist. Man bringt dies wohl mit Recht mit den schließlichen Anordnungen für das Bombardement von Paris in Zusammenhang. Die „Kreuz-Ztg.“

erzählt ferner, bei einem todt ausgefundnen brandenburgischen Kavallerieergab die Leichenschau: ein Schuß in dem Unterleib, Durchschneiden der Pulsadern und Abschneiden des linken Ohres.

* Berlin, 17. Dez. Die Subskription auf die neuen Schatzanweisungen des Norddeutschen Bundes ergab in Deutschland mehr als das Vierfache, in England nahezu das Dreifache des aufgelegten Betrages.

Berlin, 17. Dez. (Sch. M.) Ein neuester bonapartistischer Plan geht dahin, daß spätestens nach dem Fall von Paris die Staatskörper das Volk kraft der kaiserlichen Verfassung durch Plebiszit über Krieg oder Frieden, ohne Angabe von Bedingungen befragen sollen, wobei natürlich die Napoleon'sche Restauration die Hauptsache wäre.

Oesterreichische Monarchie.

† Wien, 17. Dez. Nach verlässlichen St. Petersburg'schen Mittheilungen ist für das Jahr 1871 eine halbe Million Silberbulleten mehr als sonst vorgezogen für Festungsbauten angewiesen und werden namentlich die Festungsbauten von Kronstadt in den stärksten Verteidigungsstand gesetzt.

Frankreich.

* Bordeaux, 16. Dez. Gambetta verweilt noch immer bei der Loire-Armee. Es ist noch unbekannt, wann er hierher kommt. Eingetroffenen Nachrichten zufolge hatte gestern ein Kampf zwischen General Chanzy und preussischen Truppen stattgefunden. General Chanzy fährt fort, seine Stellung zu behaupten. Bezüglich der angeblich aus Havre stammenden Nachricht, Trochu habe einen Ausfall gemacht, erklärt der Souspräfekt von Havre, daß kein derartiges Telegramm nach Bordeaux gesandt sei.

* Bordeaux, 17. Dez. General Lecomte hat gemeldet, daß er bei La Fère einen Proviantzug weggenommen hat.

Nachschrift.

† Saarbrücken, 18. Dez. Aus Versailles, 15. d., wird gemeldet: Die Adreßdeputation des Reichstags ist für morgen hier angekündigt und sind die Quartiere bereits gemacht. Der russische General Fürst Wittgenstein, Militärbevollmächtigter bei der französischen Regierung, ist aus Paris hier eingetroffen. — Gestern und heute ist kein Schuß aus den Forts gefallen. Ein Massenaustritt von Desertirenden aus Paris ist hier zurückgewiesen worden. Es verlautet, es sei befohlen, keine Deserture anzunehmen.

Bordeaux, 18. Dez. Aus Tours wird gemeldet: Der „Moniteur“ rekapitulirt die Bestimmungen des Artikels 209 des Militär-Strafgesetzbuches, wonach ein Festungskommandant, welcher ohne Erschöpfung aller Mittel und ohne Alles zu thun, was die Ehre und Pflicht vorschreibt, kapitulirt, zum Tode verurtheilt wird. Eine Untersuchungskommission wird in Bordeaux zusammentreten, um die Umstände, welche die Kapitulation von Strasbourg und Metz begleiteten, zu prüfen. — Der Präfekt von Tours theilt in einem Zirkular mit: Die Ueberstürzung des Generals Sol rief eine Panique hervor, inzwischen sind jedoch Anordnungen getroffen, um genügendes Eisenbahn- und Telegraphen-Material nach Tours zurückzubringen, damit der Dienst fortgesetzt werden kann. General Sol hat die unrichtige Mittheilung gemacht, daß die unmittelbare Ankunft mehrerer deutschen Korps zu erwarten sei, während die preussischen Vorposten nicht über St. Aignan (östlich von Montrichard, zwischen dieser Stadt und Selles, am Cher) vorgebrungen sind. Eine Depesche des Generals Chanzy vom 13. Deobr. meldet: Ich sehe die Bewegung auf Vendome fort und werde von den Preußen nicht beunruhigt. Chanzy hält die ihm gegenüberstehenden Streitkräfte für nicht sehr zahlreich und begreift daher nicht die in Tours ausgebrochene Panique. — Der Präfekt theilt schließlich mit, eine Depesche vom 14. Deobr. melde den Anmarsch der Preußen auf Tours über Loches (am Indres, südöstlich von Tours, zwischen dieser Stadt und Châtillon sur Indre.) 5000 Deutsche hätten in der Nacht vom 13. zum 14. Deobr. vor Montrichard gestanden.

Bordeaux, 17. Dez. (Fr. Z.) Ein Regierungsdekret verlängert das bestehende Wache-Amortorium bis zum 15. Januar. — Thiers ist nach Pau abgereist.

Badische Chronik.

* Karlsruhe, 18. Dez. Gestern Abend passirten 294 Kranke, Norddeutsche, und in der Nacht in zwei Zügen 1880 Gefangene hier durch.

Verlustliste der Großbadischen Feld-Division.

(Vom Großk. Kriegsministerium mitgetheilt.)

3. Dragoner-Regiment Prinz Karl, 1. Escadron: Auf einer Patrouille in Troibon, 10. Dez. Handloser, Martin, Gefr. a. Ueberlingen, A. Radolfzell, verm. Soos, Jos., a. Biederbach, A. Waldkirch, verm. Bettler, Jos., a. Großweier, A. Achern, verm. (sammt Pferden).

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 20. Dez. 4. Quartal. 120. Abonnementsvorstellung. Spielt nicht mit dem Feuer, Lustspiel in 3 Akten, von G. zu Puttlich. Hierauf: Morgens zwei Uhr, Schwank in 1 Akt, nach dem Französischen von Förfster. Anfang 7/8 Uhr. Ende nach 9 Uhr.